

Bewerbung ja – aber mit engem Korsett

SPD, Grüne, Unabhängige, Linke und FDP-Ratsfrau Zink-Tänzer stellen Antrag pro Kulturhauptstadt

Von Ralf Neite

Hildesheim. Die Vorentscheidung, dass Hildesheim sich als europäische Kulturhauptstadt bewerben wird, ist gefallen: Nachdem die CDU das Vorhaben schon frühzeitig befürwortet hat, sprechen sich nun auch die Fraktionen von SPD, Grünen, Unabhängigen und Linken sowie das FDP-Ratsmitglied Julia Zink-Tänzer dafür aus. Gestern stellten sie einen Antrag vor, der am Montag im Kulturausschuss behandelt und Anfang April im Rat beschlossen werden soll. Ihr Ja verbinden die Parteien allerdings mit strengen finanziellen Vorgaben.

Ursprünglich haben SPD und Grüne das Papier entwickelt, die anderen Fraktionen haben sich den Positionen angeschlossen. Der Antrag ist eine erweiterte Fassung der Beschlussvorlage, die die Stadtverwaltung vorgelegt hatte. Alle seien stolz auf die hiesige Kulturszene, so SPD-Chef Bernd Lynack bei der Pressekonferenz im Rathaus, und „das unheimliche ehrenamtliche Engagement soll ausdrücklich gewürdigt werden“. Zugleich sei es wichtig, jenseits aller „Lyrik“ klare finanzielle Obergrenzen zu definieren, so Lynack. Der Zukunftsvertrag

mit dem Land Niedersachsen dürfe nicht gefährdet werden.

Für die drei Jahre der Bewerbungsphase sieht das Papier städtische Ausgaben in Höhe von maximal 90 000 Euro vor – die restlichen geschätzten 360 000 Euro müssten als Sponsoren- und Spendengelder eingeworben werden. Falls Hildesheim den Zuschlag der EU bekommen sollte, dürfte die Stadt maximal eine Million Euro für die Umsetzung

zuschießen. Das entspräche einem Zehntel der veranschlagten Gesamtkosten von 10 Millionen Euro. Die Hauptsumme müsste aus anderen Töpfen kommen. Das alles jedoch nur unter der Voraussetzung, dass das niedersächsische Innenministerium als Aufsichtsbehörde die Extraausgaben genehmigt.

Die Zahlen sind nicht neu. Man habe die Angaben der Befürworter und des Oberbürgermeisters ernst

genommen und festgeschrieben, so die Vertreter der Fraktionen. So solle sichergestellt werden, dass künftige Konzepte zur Kulturhauptstadt sich in einem realistischen Rahmen bewegen, erklärte Ulrich Rübiger von den Grünen.

Dieses „enge finanzielle Korsett“ habe die Unabhängigen überzeugt, erklärte Hans-Uwe Bringmann. Keinesfalls dürfe die Bewerbung zu einer Erhöhung der städtischen Personalkosten führen, ergänzte Julia Zink-Tänzer. Orhan Kara von den Linken betonte: „Vom Grundsatz her lehnen wir die Bewerbung ab, aber wir haben das Gefühl, dass es nicht mehr aufzuhalten ist.“

Der Mindestnutzen, den die Gruppe sich erhofft: Im Zuge der Bewerbung soll endlich ein Kulturentwicklungsplan für die Stadt und möglichst für die ganze Region entstehen. Oberbürgermeister Ingo Meyer hatte das als unnötig bezeichnet. Wichtig sei außerdem gewesen, dass die Beteiligung der freien Kulturszene im Antrag ausdrücklich erwähnt wird, so Rübiger. Es dürfe nicht wie bei der französischen Kulturhauptstadt Marseille laufen, wo sich Einwohner und freie Szene hinterher gefragt hätten: „Und was hatten wir davon?“



Die Bewerbung müsse auch die freie Kulturszene berücksichtigen, heißt es im Antrag. Profitieren könnten Gruppen wie bueschges performance collaborations, die derzeit in der Osterstraße zu Mum's Hop-in Shop einladen. FOTO: KAISER